



Ein St. Galler annus horribilis: Die Spitäler sind in der Dauerkrise, die Olma kämpft ums Überleben, die Plagiatsaffäre bedroht das Erfolgsmodell HSG und das Prestigeprojekt «Wil West» stürzt ab.

Bilder: Reto Martin, Benjamin Manser, PD

Leitartikel

So kämpft sich der Kanton aus dem Krisenstrudel

Das Jahr 2022 war eine einzige Krisenkaskade. Kaum hatte die Schweiz die Pandemie halbwegs im Griff, überfiel Putins Russland die Ukraine. Die Folge waren hohe Inflationsraten und eine Energiekrise mit sprunghaft gestiegenen Strom- und Gaspreisen.

Auch der Kanton St. Gallen ist von einer Krise in die nächste geschlittert: Der wirtschaftliche Entwicklungssprung in «Wil West» ist grandios gescheitert. Das Kulturgut Olma ist bedroht und muss auf Millionen aus Bevölkerung und Wirtschaft hoffen. Und mit der jüngsten Plagiatsaffäre rampontiert die HSG erneut ihr Image. Es ist wahrlich wenig gelungen in diesem Jahr.

Und doch kann eine Prise Hoffnung zu Beginn eines neuen Jahres nie schaden. Keine in Rosa getünchte Umdeutung der Ereignisse oder gar eine Verharmlosung der Probleme. Doch ein klarer, unverstellter Blick darauf, was aus den Krisen und Niederlagen trotz allem noch entstehen könnte. Scheitern als Vorstufe zum Erfolg sozusagen.

Bis die Olma auf die Erfolgsstrasse zurückkehrt, dürfte allerdings noch einige Zeit vergehen. Viel hängt davon ab, ob nach der öffentlichen Hand auch Wirtschaft und Private ihr Portemonnaie öffnen und Volksaktien zeichnen. Kan-

tonsrätinnen und Stadtparlamentarier hatten gemurrt, gedroht und gehadert, bevor sie der Umwandlung der Olma-Darlehen in Eigenkapital zustimmten. Das Ja der Politik war keine Kapitulation, sondern ein überparteilicher Akt der Vernunft. Ein notwendiges Signal an Öffentlichkeit und Olma-Leitung, nun alles Notwendige zu tun.

Die Irrungen um die neue Halle 1 könnten nämlich auch der Startpunkt sein für einen modernisierten St. Galler Messeplatz. Ein anderes St. Galler Kulturgut hat eine solche Auferstehung schon einmal geschafft: der FC St. Gallen, der 2010 kurz vor dem Konkurs stand. Von der Politik gab es damals zwar kein Geld. Trotzdem versprüht der älteste Klub der Schweiz heute neue Begeisterung. Dank privater Gelder, ergebener Fans und eines eingeschworenen Führungstrios.

Für das Prestigeprojekt «Wil West» dürfte eine solche Wende kaum mehr zu schaffen sein. Das Gute am Vorhaben: Es hat gezeigt, dass regionale Kooperation für ein übergeordnetes Ziel möglich ist. 23 Gemeinden der Region hätten nämlich für das geplante Industriegebiet auf grössere Einzonungen verzichtet – um der schleichenden Zersiedelung entgegenzuwirken. Am Ende hat aber dieses Argument

nicht gereicht, um die Bauern und eine links-grüne Wählerschaft zu überzeugen.

Und doch könnte mit der Niederlage auch ein neuer Denk- und Spielraum aufgehen. Wie hätte das Abstimmungsergebnis gelaute, wäre «Wil West» im historischen Hitzejahr noch konsequenter auf Nachhaltigkeit getrimmt gewesen? Ein radikal grüner Entwurf, der auch die urbane Wählerschaft begeistert hätte? Wie ein solcher aussehen könnte, zeigt etwa die Vision «Grünes Gallustal». Mit dem Pilotprojekt wollen Umwelt- und Heimatschutzverbände den Klimawandel abfedern. Wer die Visualisierungen studiert, wohnt sich in einer lebenswerteren Version der Stadt St. Gallen. Wer würde dazu Nein sagen?

«Wann werde sie es endlich lernen», dürfte sich manch einer gefragt haben, als mit der Plagiatsaffäre der jüngste Skandal der HSG ans Licht kam. Während Start-up-Unternehmer ihre Misserfolge an sogenannten «FuckUp Nights» geradezu zelebrieren, hat man nicht das Gefühl, dass die HSG in den vergangenen Jahren «durch Scheitern gescheiter» geworden wäre.

Was also tun? Die Spesenreglemente sind bereits verschärft, das reformierte Unigesetz in der Pipeline. Letzteres wird die

Rolle des Rektors gegenüber den mächtigen Instituten stärken. Wahr ist aber auch: Die Politik stellt «nur den Werkzeugkasten zur Verfügung», wie es der Präsident der vorberatenden Kantonsratskommission treffend formuliert.

Deshalb brachte die jüngste Affäre vor allem eine Einsicht: Kulturwandel kann man nicht verordnen. Die Unileitung wird mit Demut und Nachdruck Tag für Tag vorleben müssen, was sie von ihren Professorinnen und Professoren zum wiederholten Mal einfordert.

Natürlich gab es im vergangenen Jahr auch schlagende Erfolge. Im verkehrspolitischen Powerplay macht den St. Galler Ständeräten so schnell niemand etwas vor. Im Sommer kämpften Paul Rechsteiner und Benedikt Würth in Bundesbern erfolgreich gegen die Sparpläne der SBB auf der Rheintallinie. Und im Dezember hat das Bundesparlament auch auf Druck der Ostschweiz entschieden, dass der Ausbau der Strecke Winterthur–St. Gallen vorangetrieben werden muss.

SP-Doyen Paul Rechsteiner hat in der Zwischenzeit die Politbühne verlassen. Doch das muss nicht unbedingt ein schlechtes Omen sein für ein künftiges Ständeratsduo, wie ein Blick auf den bevorstehen-

den Wahlkampf beweist. Erstmals kämpfen in einer reinen Frauenwahl profilierte Politikerinnen um Rechsteiners Nachfolge. Dass gleich vier valable Kandidatinnen zur Auswahl stehen, ist keine Selbstverständlichkeit, sondern auch Ausdruck einer lebendigen politischen Kultur im Kanton.

Die grösste Baustelle zum Jahresende sind nach wie vor die maroden St. Galler Spitäler. Die Standortschliessungen haben noch nicht die erhoffte Wende gebracht. Im Gegenteil: Der bereits für 2023 versprochene Turnaround ist auch mit dem erneuten 163-Millionen-Sanierungspaket mehr als ungewiss. Dazu kommt ein akuter Pflegenotstand, auf den die Regierung bislang hilflos reagiert.

Die Dauerkrise der Spitallandschaft verdeutlicht: Der Kanton wird von den Entwicklungen laufend überholt. Umso mehr müsste er sich darauf konzentrieren, was er direkt beeinflussen kann.

Zum einen braucht es mehr Absprachen und gemeinsame Planungen in einem Gesundheitssystem, das vom Kantöngeist geprägt ist. Die Ostschweizer Kantone sollten sich nicht gegenseitig Patienten abjagen, sondern schleunigst die Spitalplanung Ostschweiz auf den Weg bringen.

Andererseits sollte der Kanton nun endlich Sofortmassnahmen ergreifen, um den Exodus der Pflegefachkräfte zu stoppen. Damit die Pflegenden im Beruf verbleiben, braucht es mehr Lohn, höhere Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit, flexiblere Arbeitszeiten und Angebote für die Kinderbetreuung.

Der Blick zurück aufs vergangene Jahr verdeutlicht: Die allgegenwärtige Coronapandemie wurde auch auf kantonaler Ebene schnell und von einer Reihe neuer Krisen abgelöst. Natürlich hätte niemand etwas gegen zwei, drei zusätzliche Erfolgsmeldungen einzuwenden.

Die Auseinandersetzung mit den zahlreichen Krisen bringt aber auch eine neue Klarheit: Ob etwa die Olma-Rettung gelingt oder der Pflegenotstand gestoppt werden kann, bleibt vorerst offen. Handlungsmöglichkeiten gäbe es genug. «Wieder scheitern, besser scheitern», möchte man frei nach Samuel Beckett rufen. Schon der nächste Versuch könnte von Erfolg gekrönt sein.



Michael Genova
michael.genova@tagblatt.ch